



# BAULEITPLANUNG

Die Gemeinde stellt Bauleitpläne auf,  
sobald und soweit es für die städtebauliche  
Entwicklung erforderlich ist.



Die gesetzliche Grundlage bildet das Baugesetzbuch.

**FLÄCHENNUTZUNGSPLAN**  
§ 5 Baugesetzbuch  
(vorbereitende Bauleitplanung)

## WESENTLICHE EIGENSCHAFTEN:

- Koordination der flächenbezogenen Planungen für die Gemeinde
- nicht pazellenscharf
- behördenverbindlich
- Darstellungen keine Rechtsnorm

**BEBAUUNGSPLÄNE**  
§ 9 Baugesetzbuch  
(verbindliche Bauleitpläne)

## WESENTLICHE EIGENSCHAFTEN:

- Festlegung der planungsrechtlichen Vorgaben
- parzellenscharf
- rechtsverbindlich für Jedermann
- Festsetzungen
- Satzung

## DAS AUFSTELLUNGSVERFAHREN BIS ZUM SATZUNGSBESCHLUSS

**Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB)**

- Nicht zwingend erforderlich -

**Frühzeitige Beteiligung  
der Behörden (§ 4 Abs. 1)**

Unterrichtung sowie Äußerung zum Umfang der UP (Scoping)

**Frühzeitige Beteiligung  
der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1)**

Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung

**Erstellung des Planentwurfes  
und Entwurf der Begründung**

Einschließlich Umweltbericht als Bestandteil der Begründung

**Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2)**

Einhaltung von Stellungnahmen  
(Frist: 1 Monat)

**Offenlegung Planentwurf (§ 3 Abs. 2)**

Bekanntmachungsfrist: 1 Woche  
Dauer: 1 Monat

**Keine Änderung des Planentwurfes**

Begründung mit Umweltbericht kann geändert werden

**Änderung des Planentwurfes**

**Erneute Beteiligung**

(§ 4a Abs. 3)

**Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1)**

Mit Beifügung der Begründung einschl. Umweltbericht sowie  
Erstellung und Beifügung der zusammenfassenden Erklärung (§ 10 Abs. 4)